



21. Mai 2021

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Franke: Zuversicht und Solidarität sind das wirksamste Mittel gegen die Pandemie**
- **Edgar Franke wirbt für verbesserte medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen**
- **Bessere Löhne in der Altenpflege**
- **6. Armuts- und Reichtumsbericht**
- **Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder**
- **Gesetze für den Umwelt- und Klimaschutz**
- **Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten werden gestärkt**
- **Das Urheberrecht für das digitale Zeitalter**
- **Mehr Schutz am Finanz- und Kapitalmarkt**
- **Fast 1 Mio. Bundesmittel für Schwalm-Eder und Frankenger Land**
- **Bilder der Woche**

Franke: Zuversicht und Solidarität sind das wirksamste Mittel gegen die Pandemie



Im Deutschen Bundestag wurde in dieser Woche über die Corona-Maßnahmen in Deutschlands Intensivstationen diskutiert.

Das engmaschige Netz aus Krankenhäusern habe die Bundesrepublik gut durch die letzten Monate gebracht, betonte Edgar Franke im Plenum.

Er betonte die entscheidende Rolle der Intensivstationen. „Dort retten Ärzte und Pfleger täglich Leben. Wir alle sollten ihnen ausdrücklich für ihren großartigen Einsatz danken!“

Die aktuellen Entwicklungen – insbesondere die zunehmende Zahl der Geimpften und die sinkenden Infektionen – stimmen Franke positiv. Jetzt müsse man zügig die Außenbereiche öffnen, dort sei die Ansteckungsgefahr sehr niedrig. „Und auch für drinnen brauchen wir klare Öffnungsperspektiven. Das und die zunehmenden Impfungen gibt den Menschen Zuversicht“, führte er aus. Wichtig sei dabei aber, dass die Gesellschaft auf der letzten Pandemie-Etappe solidarisch bleibe. „Nur so können wir bald in unseren Landkreisen eine Inzidenz von unter 100 erreichen und damit schrittweise zur Normalität zurückkehren!“, so Franke.

Edgar Franke wirbt für verbesserte medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen

Wie kann die Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche in Deutschland weiter verbessert werden? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Diskussionsrunde des Berliner Tagesspiegels.



Die Zeitung hatte Praktiker aus Medizin und Politik eingeladen. „Wir als SPD setzen uns deswegen schon lange für Strukturen ein, die die besonderen Bedürfnisse junger Menschen besser berücksichtigen. Kinder sind schließlich keine kleinen Erwachsenen.“

In einem aktuellen Papier fordert das Präsidium der SPD auch, dass gerade in ländlichen Regionen genug Geld für gute Versorgungsstrukturen in der Kinder- und Jugendmedizin vorhanden sein muss. Außerdem sollen Medikamente nur dann bei Kindern eingesetzt werden dürfen, wenn ihre Wirkung auf Kinder untersucht ist. „Wir als SPD setzen uns dafür ein, dass Kinder bald besser versorgt werden!“, betonte Edgar Franke.

Bessere Löhne in der Altenpflege

Arbeitsminister Heil will das Lohnniveau in der Pflege gesetzlich anheben. Dazu sollen Abrechnungen von Pflegeleistungen nach dem "Pflege-Tariftreue-Gesetz" künftig nur noch für Heime mit Tariflohn möglich sein.

Gerade in Pandemiezeiten haben Pflegebedürftige und ihre Angehörigen erfahren, wie wichtig gute Pflege ist. Deshalb bringen wir das **Pflege-Tariftreue-Gesetz** auf den Weg. Denn mehr

Anerkennung erreichen wir nur durch bessere Löhne und attraktive Arbeitsplätze in der Pflege. In der Altenpflege arbeitet aktuell deutschlandweit 1,2 Millionen Menschen. Knapp die Hälfte erhält laut dem Arbeitsministerium den Tariflohn. Den anderen gut 600.000 Pflegekräften würde das Gesetz eine spürbare Gehaltssteigerung bringen, so Hubertus Heil: "Im Schnitt sind so für Vollzeitkräfte über 300 Euro mehr pro Monat möglich."



6. Armuts- und Reichtumsbericht

Diese Woche kam der 6. Armuts- und Reichtumsbericht im Kabinett. Er zeigt, dass die SPD in dieser Koalition viel erreicht hat.

Die Löhne im unteren Bereich sind gewachsen und auch in allen anderen Einkommensbereichen sehen wir Zuwächse. Für einen Richtungswechsel brauchen wir aber andere Mehrheiten. Wir wollen dafür sorgen, dass sich die Schere bei Einkommen und Vermögen endlich wieder schließt.

Es ist daher unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Menschen mit einem Vollzeitjob nicht in Armut leben müssen. Dafür braucht es einen **Mindestlohn von 12 Euro**, viel mehr bezahlbare Wohnungen, eine Kindergrundsicherung mit einem gerechten Kindergeld, ein faires Steuersystem, in dem besonders Reiche mehr Steuern zahlen, ein gutes Gesundheitssystem für alle und eine Investitionsoffensive in die Zukunft.

Sicherheit, Zuversicht, Anschluss zur Mitte schaffen

- Wer arbeitet, soll sicher sein vor Armut. Der Mindestlohn muss deutlich steigen – nur so ist der Aufschluss zur Mitte möglich.
- Die Mitte wieder deutlich stärken – das geht am besten über faire Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Darum wollen wir die Tarifbindung stärken und sozialen Aufstieg möglich machen.
- Gerade in der Corona-Krise machen die Menschen sich Sorgen um die Zukunft. Eine Lehre aus der Krise ist: Politik muss für Sicherheit und Zuversicht sorgen.

Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder

Wie wichtig eine funktionierende Kinderbetreuung ist, hat die Corona-Pandemie gezeigt. Vom ersten Geburtstag bis zum Schuleintritt besteht schon jetzt ein Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz. Eltern sollen aber zusätzlich auch einen Rechtsanspruch darauf haben, ihre Kinder im Grundschulalter bis in den Nachmittag hinein betreuen zu lassen. In dieser Woche debattierten wir den Gesetzentwurf dazu im Bundestag.



Mit mehr Ganztagsbetreuung bauen wir die Orte aus, an denen Kinder lernen und sich sozial entwickeln. Außerdem verbessert der Rechtsanspruch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ist ein großer Schritt hin zu mehr Gleichstellung.

Denn die Pandemie hat es deutlich gemacht, dass es am Ende überwiegend die Frauen sind, die beruflich zurückstecken und die Betreuung übernehmen.

Ab 2026 sollen zunächst alle Kinder der ersten Klassenstufe einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz haben, in den Folgejahren wird er um je eine Klassenstufe ausgeweitet. Somit hat ab August 2029 jedes Grundschulkind der Klassenstufen 1 bis 4 einen Anspruch auf ganztägige Betreuung.

Der **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder** soll in Horten ebenso wie in offenen und gebundenen Ganztagschulen erfüllt werden. Dafür müssen noch über 800.000 zusätzliche Plätze geschaffen werden.

Damit Länder und Gemeinden ein solches Angebot schaffen können, will der Bund den Ausbau mit bis zu 3,5 Mrd. Euro für Investitionen in Ganztagsschul- und Betreuungsangebote unterstützen. Davon werden 750 Mio. Euro über das Investitionsprogramm zum beschleunigten Ausbau der Bildungsinfrastruktur für Grundschul Kinder bereits abgedeckt. Der Bund beteiligt sich darüber hinaus aber auch an den laufenden Betriebskosten der Ganztagsbetreuung: mit 100 Mio. jährlich ab 2026 und dann ansteigend bis 2030 mit 960 Mio. pro Jahr.

Gesetze für den Umwelt- und Klimaschutz

Bis 2045 muss der gesamte Verkehrssektor, auch der Flugverkehr, klimaneutral sein. Wir setzen eine Richtlinie der EU um und steigern den Anteil dieser Erneuerbarer Energieformen um 14 % im Verkehr bis 2030.

In Zukunft müssen daher Unternehmen, die Kraftstoffe herstellen, den Treibhausgasausstoß ihrer Produkte senken. Das begünstigt die Entwicklung, Produktion und Nutzung erneuerbarer Kraftstoffe wie grünem Wasserstoff.

Auch Elektroautos kommt eine Schlüsselrolle auf dem Weg zur Klimaneutralität zu. Doch gerade auf langen Strecken sind sie mangels Ladeinfrastruktur und Batteriereichweite nur eingeschränkt einsetzbar.

Mit dem **Schnellladegesetz** stellen wir die Weichen, um die Ladeinfrastruktur fern von Ballungsräumen und Autobahnen auszubauen.



An 1000 zusätzlichen Standorten wird damit in Zukunft ein schnelles Laden mit Leistungen über 150 Kilowatt ermöglicht, welches gerade für lange Strecken entscheidend ist.

Um das **Insektensterben in Deutschland** zu stoppen, haben wir die Nutzung bestimmter Schädlings-bekämpfungsmittel in Schutzgebieten verboten. Denn die rund 33.000 verschiedenen Insektenarten in Deutschland stellen einen wichtigen Teil der Nahrungskette dar und leisten außerdem einen großen wirtschaftlichen Beitrag bei der Bestäubung von Nutzpflanzen. Um ihre Lebensbedingungen zu verbessern, sind Streuobstwiesen, artenreiches Grünland oder auch Trockenmauern in die Reihe der gesetzlich geschützten Biotope aufgenommen worden.

Da mehr als die Hälfte der Insekten nachtaktiv ist, wird künftig in Schutzgebieten der Neubau von Straßenbeleuchtungen und leuchtenden Werbeanlagen verboten.

Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten werden gestärkt

Betriebsräte sorgen für ein partnerschaftliches Miteinander im Betrieb und für bessere Arbeitsbedingungen. Mit dem Betriebsrätemodernisierungsgesetz erleichtern wir daher die Gründung und Wahl von Betriebsräten – insbesondere in kleineren Betrieben.

Wir haben letzten Monat in Bad Arolsen bei der Firma BM Logistik gesehen, auf wie viel Widerstand eine Gründung stoßen kann: dort hat der Arbeitgeber als Reaktion auf die geplante Gründung eines Betriebsrates den verantwortlichen Mitarbeitern die Kündigung ausgesprochen. Diese wurde vor Gericht umgehend als unwirksam erklärt, woraufhin die Mitarbeiter sich nicht entmutigen ließen, sondern die Gründung fortsetzten. Das zeigt, wie beschwerlich der Weg hin zu einem Betriebsrat leider häufig ist.

Der **Kündigungsschutz** für die Organisation von Betriebsratswahlen wird mit unserem Gesetz von bisher drei Beschäftigten auf sechs Beschäftigte ausgeweitet und das vereinfachte Wahlverfahren soll künftig in Betrieben mit bis zu 100 Beschäftigten verpflichtend sein. In Betrieben bis zu 20 Beschäftigte sind für einen Wahlvorschlag keine unterstützenden Unterschriften mehr nötig, in Betrieben bis 100 Beschäftigte reichen künftig bereits zwei. Das Wahlalter liegt künftig bereits bei 16 Jahren.

Wichtig für alle im **Homeoffice**: Im Zuge dieses Gesetzes haben wir den gesetzlichen Unfallversicherungsschutz erweitert, beispielsweise auf dem Weg zur oder von der Kinderbetreuungseinrichtung.

Das Urheberrecht für das digitale Zeitalter

Mit der Anpassung des Urheberrechts stellen wir einen fairen Ausgleich her, von dem Kreative, Rechteverwerter und Nutzer gleichermaßen profitieren.

Künstler und Verwertungsgesellschaften erhalten einen verbesserten Anspruch auf Auskünfte gegenüber Plattformen (z.B. YouTube) und Streamingdiensten (z.B. Spotify), um ihre Vergütung durchsetzen zu können.

Karikaturen, Nachahmungen und Parodien bleiben ohne besondere Zweckbindung erlaubt – eine wichtige Forderung von Künstlern und YouTubern ohne institutionelle oder finanzkräftige Unterstützung. Schulen und Universitäten können auch urheberrechtlich geschützte Werke für Lehre und Forschung nutzen und außerdem müssen Plattformen gewisse gesammelte Daten zu Forschungszwecken zur Verfügung stellen.

Mehr Schutz am Finanz- und Kapitalmarkt

Manipulationen der Bilanzen von Kapitalmarktunternehmen - man denke an Wirecard oder die Greensill-Bank - haben das Vertrauen in den deutschen Finanzmarkt erschüttert und ihm schweren Schaden zugefügt.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität (FISG) werden daher die Kompetenzen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) deutlich gestärkt. Zudem werden Wirtschaftsprüfungsgesellschaften strenger Regeln unterworfen, um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten. Eine verpflichtende Rotation nach zehn Jahren und eine deutliche Trennung von Beratung und Prüfung sollen Interessenkonflikten vorbeugen.



Dabei verlieren wir aber auch den Schutz von Kleinanleger nicht aus den Augen: Mit dem Gesetz zur Verbesserung des Anlegerschutzes werden besonders riskante Anlageobjekte verboten und die Überwachung von Finanzprodukten verbessert. Vermögensanlagen dürfen künftig nur noch durch beaufsichtigte Berater vermittelt werden.

Fast 1 Mio. Bundesmittel für Schwalm-Eder und Frankenger Land

Ich habe mich sehr gefreut, dass mein Einsatz bei den Berichterstattungen des Haushaltsausschusses des Bundestages für Mittel für unseren Wahlkreis nochmal großen Erfolg gehabt hat.

Wir bekommen allein **400.000 € für das historische Heilige-Geist-Hospital in Schwalmstadt-Treysa**. Dieses Gebäude ist nicht zu verwechseln mit den Hospitälern bzw. Krankenhäusern im Nordkreis.

Es bietet Einrichtungen und Räumlichkeiten für Vereine und Veranstaltungen. Die schlichte Hospitals-Kapelle dient auch für standesamtliche Trauungen.



Ferner gibt es **50.000 € für die Stadtmauer am Burgsitz in Spangenberg**.

#Weiter gibt es **200.000 € für das Schloss Hausen in Oberaula**, wobei wir hier schon in der Vergangenheit Denkmalschutzmittel vom Bund bereitstellen konnten.

Ich hatte alle Gemeinden im Wahlkreis über diese spezielle Fördermöglichkeiten frühzeitig informiert. Umso mehr freue ich mich, dass

auch die Gemeinde Allendorf diese Fördermittel jetzt erhalten kann.

Damit erhält das Frankenger Land **260.000 € für die alte Kirche in Allendorf (Eder)** aus dem Denkmalschutzsonderprogramm des Bundes.



Bilder der Woche

Start der Bundestagswahlkampagne

Esther Dilcher nahm an der Fotoaktion mit Fahrrädern und Plakaten teil. Mit der Fotoaktion zieht die SPD-Bundestagsfraktion Bilanz der Wahlperiode.



So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Brloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:

Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Frisch beschriftet

Mit einem frisch beschrifteten Auto kann auch Edgar Franke in den Wahlkampf starten.



Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Screenshot des Videos auf www.bundestag.de, unten Edgar Franke, Seite 3 Pressefoto Hubertus Heil von Susie Knoll, Seite 4 Image by [Katja Fissel](#) from [Pixabay](#), Seite 5 Image by [A. Krebs](#) from [Pixabay](#), Seite 7 Image by [Gerd Altmann](#) from [Pixabay](#), Seite 8 Sharepics von Edgar Franke, Seite 9 oben Esther Dilcher und unten Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.